

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

25.1.1895 (No. 25)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 25. Januar.

№ 25.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Für die Monate Februar und März werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition des Blatts sowie von allen Verkaufsstellen angenommen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 24. Januar.

Ein heute Nachmittag aus Paris eingetroffenes Telegramm meldet, daß Bourgeois den Präsidenten Faure gebeten habe, ihn von der Aufgabe der Kabinettsbildung zu entbinden. Bourgeois hat sich ehrlich bemüht, zunächst ein Konzentrationkabinet, später, als er die Unmöglichkeit der Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten erkannte, ein radikales Ministerium zu bilden. Keines von beiden ist ihm gelungen und Herr Faure steht, falls Bourgeois auf seiner Weigerung beharrt, vor neuen Schwierigkeiten. Die Krise, welche Frankreich in den verflochtenen Tagen durchzumachen hatte, wurde vielfach als ein neuer Beweis für die Berechtigung der Klagen über die Sitten des französischen Parlaments und über die Unbeständigkeit der republikanischen Regierungen bezeichnet. Andererseits hat aber die unmittelbare und ruhige Lösung, welche diese Krise gefunden, unlängbar die Elastizität der öffentlichen Institutionen und des nationalen Temperaments in Frankreich darthun. Das öffentliche Urtheil über den Rücktritt Casimir-Periers von der Präsidentschaft der Republik ist abgeschlossen. Es herrscht in der Presse aller Länder nur eine Stimme darüber, daß die Gehässigkeiten und struppelosen Angriffe der Sozialisten und die Einleitung einer Untersuchung gegen den intimen Freund des bisherigen Präsidenten, Herrn Raynal, durchaus nicht als hinreichende Gründe für einen Schritt angesehen werden können, durch welchen Frankreich in eine ernste Krise verlegt wurde. Die erste bedeutendere Schwierigkeit, die sich ihm während seiner Amtsführung entgegenstellte, bestimmte ihn zum Verzicht auf das höchste Staatsamt, in welchem seine Person allgemein als eine Bürgschaft der Ordnung und der energischen Ausübung der Regierungsgewalt betrachtet wurde. Um übrigen befaßt sich die öffentliche Meinung kaum noch mit der Episode Casimir-Perier, sondern sucht nach Anhaltspunkten für die Beurtheilung der Aussichten, welche die Präsidentschaft des Herrn Felix Faure darbietet. Die Aeußerungen, die man über die Person des neuen Oberhauptes der Republik vernimmt, lauten günstig. Als Charakter steht Herr Faure makellos da, er soll von durchaus loyalen Wesen und in seinem ganzen Auftreten ein vollendetes Gentleman sein. Diese Eigenschaften haben ihm vom Beginne seiner politischen Laufbahn an immer mehr Sympathien verschafft und seiner Zeit auch die Werthschätzung Gambetta's erworben. Angesichts dieser Einseitigkeit des Urtheils darf man wohl sagen, daß Faure's Berufung an die Spitze der Republik geeignet ist, Vertrauen auf sein Walten zu setzen. Andererseits kann sich aber Niemand die großen Schwierigkeiten verhehlen, welche die innere Situation Frankreichs andauernd darbietet. Ein Hauptübel liegt darin, daß es in der Kammer keine feste Majorität gibt, sie zerfällt vielmehr in zwei fast gleiche Theile. Auf der einen Seite stehen die gemäßigten Republikaner und die Anhänger von der Rechten, auf der andern die vorgeschrittenen Republikaner und die Sozialisten. Das Kabinet Casimir-Perier und das Kabinet Dupuy sind von den gemäßigten Republikanern unterstützt, von den Radikalen bekämpft worden. Zieht man frühere Erfahrungen und das Schicksal der ehemaligen Kabinette Freycinet, Ribot und Tirard in Betracht, so kann man sich zur Wiederholung der Politik der republikanischen Konzentration kaum ermutigt fühlen. Dieses System bestand keineswegs in einer fruchtbareren Verständigung verschiedener Gruppen über politische und wirtschaftliche Grundsätze, sondern in dem fortwährenden Bemühen, zwischen den Ambitionen der Kammergruppen durch persönliche Zugeständnisse eine Ausgleichung herbeizuführen. Es drängt sich immer mehr die Ueberzeugung auf, daß der Versuch, mit einer unbeständigen Kammermehrheit zu regieren, aufgegeben und das Land selbst aufgefordert werden sollte, diesen Schwankungen durch eine ausgesprochene Willensäußerung in der einen oder der andern Richtung ein Ende zu machen; die verunglückte Episode Bourgeois' läßt diesen Ausweg als eine Nothwendigkeit erscheinen. Ob jedoch dieser Schritt schon in naher Zeit gethan werden wird, ist allerdings fraglich.

Fürst Alexei Lobanow-Rostowski.

Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien, hat ein russischer Botschafter gesagt. Das war in der Zeit, als die Orientfrage den Mittelpunkt der europäischen Politik bildete,

aber diese Zeit ist seit dem Berliner Kongresse bis auf weiteres vorüber. Nicht als ob deshalb die Orientfrage gelöst und ihre Wiedererhebung ausgeschlossen wäre! Sie bleibt als politisches Weltproblem aufrecht, nur daß ihre Erledigung der Zukunft vorbehalten ist und vielleicht in ganz anderer Weise erfolgen wird, als in der Form, in welcher die Generationen vor dem Berliner Kongresse sie sich vorstellten. Indem man sich diesen Wandel der Dinge vergegenwärtigt, denkt man unwillkürlich an diejenigen russischen Staatsmänner, welche dazu beigetragen haben, der Orientfrage eine neue Physiognomie zu verleihen, und zu ihnen gehört Fürst Alexei Lobanow-Rostowski, der seit 13 Jahren den russischen Botschafterposten in Wien bekleidet hat und im Begriffe ist, denselben mit dem gleichen Posten in Berlin zu vertauschen. Die Wiener „N. Fr. Pr.“ würdigt die Verdienste des zukünftigen russischen Botschafters am Berliner Hofe in einem sehr sympathisch gehaltenen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

An jenem 8. Februar 1879, an welchem Fürst Lobanow als russischer Gesandter in Konstantinopel im Anschlusse an den Berliner Vertrag den Frieden zwischen Rußland und der Pforte unterzeichnete, war die Orientfrage in ein neues Entwicklungsstadium getreten, und das ist es, worauf sich der Anspruch des Fürsten Lobanow auf die Antheilnahme an einer weltgeschichtlichen Auseinandersetzung gründet. Damals war der diplomatische Grenzbegegnungspunkt einer der ältesten russischen Adelsfamilien noch ein verhältnismäßig wenig bekannter Mann, heute, da er knapp vor seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum steht, zählt er zu den meistgenannten russischen Staatsmännern. Und zwar zu denen, welche mit genauer Kenntniss der westlichen Civilisation auch eine unverkündete Hochschätzung derselben verbinden. Die Kenntniss hat er sich bereits in jungen Jahren erworben, als er das Amt eines Sekretärs bei der russischen Gesandtschaft in Berlin verließ; die Hochschätzung hat er nicht bloß als Botschafter in Wien jederzeit bekundet, sie ist vielmehr auch die tiefere Ursache, weshalb ihm die Berufung an die höchste Stelle verweigert blieb. Denn schon als Herr v. Siers aus den Händen des greisen Gorttschakow die Leitung der auswärtigen Politik übernahm, wurde unter denen, welche dem neuen Minister an die Spitze treten sollten, Fürst Lobanow genannt, und seitdem galt er immer als der erste Kandidat für den Posten in dem Hotel an der Petersburger Sängerbühne, in welchem die auswärtige Politik Rußlands gemacht wird. Herr v. Siers war eine Weile durch den Einfluß Raslow's zurückgedrängt, und sofort richteten sich die Blicke auf Lobanow; dann begann Herr v. Siers zu fränkeln, und abermals bezeichnete man Lobanow als dessen wahrscheinlichen Nachfolger. Nun vertrat der statische Mann, dem Niemand anmerkt, daß er die Schwelle des sechzigsten Lebensjahres bald überschritten haben wird, den Wiener mit dem Berliner Posten, denn Herr v. Siers ist, obwohl krank und halb gelähmt, noch arbeitsfähig; aber wenn man ihn ungerathen nach Wien schreiben sieht, so verschweigt man sich nicht, daß er an der Spitze in genau dem nämlichen Sinne wirken kann, wie er es an der Donau gethan hat. Der Mann, der einst der Nachfolger Peter Schumalow's in London war und dann in unheimlich gespannter Zeit dieselbe dankenswerthe Aufgabe in Wien erfüllte, wie Paul Schumalow in Berlin, ist weder panslawistischer noch ultrarussischer Neigungen verdächtig. In den Ueberlieferungen, in welchen Fürst Lobanow-Rostowski zum Diplomaten heranwuchs, hatte der Panslawismus keine Stelle; viel später erst drang er in das Asiatische Departement ein, in dessen Arbeitskreis auch die europäische Orient-Politik gehört. Die methodische Hervorkehrung des Gegenstückes zu Despretz's Ungarn begann nicht schon, als Fürst Gorttschakow, von dem Wiener Gesandtschaftsposten zur Leitung der auswärtigen Politik beimberufen, in dem freundschaftlichen Zusammenwirken mit Berlin und Wien seine Aufgabe erbildete, sondern erst, als er sich von Leuten wie Janotiw zu einer tieferen Politik fortzureisen ließ und den Mißerfolg derselben mit Enttäuschungen zu bezahlen hatte. An diesen Enttäuschungen hatte Fürst Lobanow-Rostowski keinen Antheil, denn nur ein einziges Jahr war er nach dem Berliner Kongresse Botschafter am Goldenen Horn. Ein Vertreter der natürlichen Interessen, welche Rußland auf ein freundschaftliches Verhältnis mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland hinweisen, war Fürst Lobanow-Rostowski auf dem Wiener Posten; er wird ein solcher auch in Berlin sein. Es liegt in der Natur einer derartigen Thätigkeit, daß sie sich nicht geräuschvoll und rühmend jeden Tag affischirt, und deshalb war das Wissen Lobanow's in Wien still und gelassen trotz seiner dankenswerthen Resultate. Es unterschied sich höchst vortheilhaft von dem unruhigen Wählen und Intrigüen jener minderen russischen Diplomaten, welche sich an Aemtern der Panslawismus hergeben, und diente auch nicht ephemeren Zwecken, wie etwa die ruhelose geschäftliche Arbeit Möhrenheim's in Paris. Wenn ihn der neue Czar jetzt nach Berlin versetzt, so barmt seiner an der Spitze eine Aufgabe, welche im Grunde nur eine Fortsetzung der bisherigen ist. Vom Freund zum Freunde, vom Bundesgenossen zum Bundesgenossen führt den Fürsten Lobanow die Weisung seines neuen Monarchen.

Deutschland.

Seit langen Jahren hat der Zolltarif vom Jahre 1879 keine Abänderung durch Novellen erfahren. Die einschneidenden waren diejenigen vom Jahre 1885 und 1887, welche beide Erhöhungen des Getreidezolles brachten, so daß der letztere sich auf 5 Mark für Roggen und Weizen belief. Inzwischen hat jedoch der Tarif, soweit er gegenüber Vertrags- und meistbegünstigten Staaten angewendet wird, durch die Handelsverträge in

(Mit einer Beilage.)

den verschiedensten Punkten Umgestaltungen erhalten, die natürlich, da sie bestimmt waren, Deutschland Zugeständnisse von anderen Ländern zu verschaffen, nur Herabminderungen der einzelnen Zollpositionen darstellen konnten. Durch die jetzt dem Reichstage vorliegende Novelle wird nicht eine auf die Einzelpositionen des Tarifs erhöhend oder erniedrigend wirkende Absicht ausgeübt, es wird vielmehr lediglich versucht, einzelne Mißstände, die sich durch Aenderung in den Produktions- und Absatzverhältnissen mit den Jahren herausgebildet haben, und sich im Wege der Revision des Amlichen Waarenverzeichnisses nicht beseitigen lassen, aus der Welt zu schaffen. Ein solcher Standpunkt der verbündeten Regierungen ist durchaus zu billigen, obschon natürlich die Prüfung der einzelnen vorgeschlagenen Aenderungen vorbehalten bleiben muß.

Die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bewilligten Invalidenrenten hatte nach dem neuesten Ausweis des Reichsversicherungsamtes am Ende des letztverfloffenen Jahres bereits eine Höhe erreicht, welche nahezu der Hälfte der bewilligten Altersrenten entspricht. In den ersten Jahren überwiegt, wie dies nach den gesetzlichen Bestimmungen über die für die Invalidenrenten einabzählende Wartzeit natürlich war, die Zahl der Altersrenten. Im Jahre 1891, dem ersten Jahre des Inkrafttretens des Gesetzes vom 22. Juni 1889, betrug die Zahl der bewilligten Altersrenten 130 774, die der Invalidenrenten 27, im Jahre 1892 beliefen sich die entsprechenden Zahlen auf 42 218 und 16 529. Von da ab aber überwiegt die Zahl der bewilligten Invalidenrenten. Im Jahre 1893 entfielen auf die Altersrenten 31 176, auf die Invalidenrenten 33 228 und 1894: 37 696 und 51 719 bewilligte Ansprüche. Das letztverfloffene Jahr hat also bereits ein Uebergewicht der Invalidenrenten über die Altersrenten um über 14 000 ergeben. Das Uebergewicht wird sich noch von Jahr zu Jahr steigern. Jedenfalls kommt jetzt schon in diesen Zahlen klar zum Ausdruck, daß das Gesetz vom 22. Juni 1889 weit mehr Fürsorge trifft für diejenigen Versicherten, welche infolge Invalidität erwerbsunfähig werden, als für die, welche durch Erreichung des 70. Lebensjahres einen Anspruch auf Rente erwerben. Diese Zahlen widerlegen die namentlich von sozialdemokratischer Seite geflügelten verbreiteten Behauptungen, als ob das genannte Gesetz lediglich für die Arbeiter im hohen Alter und weil dieses nur von wenigen erreicht würde, bloß für eine kleine Zahl von Arbeitern Wohltäten im Gefolge hätte.

Berlin, 23. Jan. Eine Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe findet am 18. Februar hier statt. — Die Reichstagswahl im Kreise Schmallalden ist nunmehr amtlich auf den 28. Februar festgesetzt. — Die „Nat.-Ztg.“ wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Eymern, eine preussische Partei im Reich zu bilden, wenn der Reichstag die Finanzreform ungelöst läßt.

Posen, 22. Jan. Wie planmäßig die Polen in ihrem Kampfe gegen das Deutsche Reich vorgehen, zeigt die kürzlich erfolgte Gründung eines Verbandes polnischer Kaufleute. Der Verband soll sich über ganz Preußen erstrecken und die gesammte polnische Kaufmannschaft Preußens vereinen zur Förderung des polnischen Handels. Was hierunter zu verstehen sein dürfte, zeigt die dringende Aufforderung zweier Redner, in der Korrespondenz mit Fabrikanten und Großhändlern nur die polnische Sprache anzuwenden, wie auch mit dem Geschäftsreisenden durchaus nur polnisch zu verhandeln. Auf diese Weise werde man die mit polnischer Kaufmannschaft arbeitenden Firmen im Laufe der Zeit veranlassen, polnisch sprechende Korrespondenten und Reisende anzustellen.

Stuttgart, 23. Jan. In der letzten Versammlung des hiesigen Landwirtschaftlichen Hauptvereins wies Professor Dr. Viehscher, der Leiter des hiesigen Landwirtschaftlichen Instituts, darauf hin, daß ein Hauptgrund der Nothlage der Landwirtschaft in der ungenügenden Vorbildung der Landwirthe liege. Auch der Centralausschuß der Königlich-landwirtschaftlichen Gesellschaft für Hannover scheint sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen zu haben, denn jetzt ist von dort aus an die Leitung unserer landwirtschaftlichen Anstalt die Anfrage ergangen, ob ein abgeleiteter Kursus an unserer Universität zu ermöglichen sei, da es für den praktischen Landwirth von größter Bedeutung sei, in den Erfahrungen der Praxis und den Arbeiten der Wissenschaft sich auf dem Laufenden zu erhalten. Das hiesige Institut hat sich bereit erklärt und der Kursus soll in den Tagen am 4. bis 7. März dieses Jahres stattfinden.

Heer und Marine.

Aus Ohlau schreibt man der „Schles. Ztg.“: Nachdem durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 12. Februar 1891 bestimmt worden war, daß als Stiftungstag des hiesigen Infanterie-Regiments von Schill (1. Schlesischer) Nr. 4 der 5. Dezember 1808 anzusehen sei, haben Gegenüberstellungen, welche — wie wir vernehmen — von hier aus erhoben wurden, eine nochmalige genaue Durchforschung der Entstehungsgeschichte dieses Truppenteils, welcher nach den Unglücksjahren 1806/7 neu gebildet wurde, in seinen Verband aber eine ganze, intakte Esadron des alten braunen Infanterie-Regiments, und mit dieser zugleich dessen Uniformfarbe übernahm, zur Folge gehabt. Vor einigen Tagen ist nun dem Regiment die freudige Nachricht zugegangen, daß Seine Majestät der Kaiser und Königin dasselbe als eins anlehen wollen mit dem Ende 1741 errichteten Braunen Infanterie-Regiments und dessen Stiftungstag auf den 15.

